

*Notiz des Generalsekretärs des Politischen Departements, E. Thalmann*¹KURZBERICHT DES GENERALSEKRETÄRS DES EPD, BOTSCHAFTER E. THALMANN,
ÜBER SEINE BESUCHE IN SECHS OSTSTAATEN*Vertraulich*

[Bern,] 14. August 1972

Im Laufe der Monate Juni und Juli besuchte ich, begleitet vom Rechtsberater des Departements, Botschafter Bindschedler, und zwei weiteren Mitarbeitern², die Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien, Ungarn, Rumänien und Bulgarien.

In formeller Hinsicht handelte es sich um die Erwidderung von Besuchen, die uns Vizeausserminister und andere hohe Beamte aus diesen Ländern im Laufe der vergangenen Jahre abgestattet hatten³.

In sachlicher Hinsicht ging es in erster Linie darum, die zahlreichen Kontakte, die wir mit den andern Neutralen und mit westlichen Ländern mit Bezug auf die europäische Sicherheitskonferenz hatten⁴, durch einen Meinungsaustausch mit den Oststaaten zu ergänzen und damit das unter Neutralitätspolitischen Gesichtspunkten wichtige Gleichgewicht herzustellen.

Natürlich benützten wir die Gelegenheit, um in den sechs Hauptstädten auch unsere bilateralen Probleme Revue passieren zu lassen.

Wir wurden überall mit grösster Zuvorkommenheit aufgenommen. Es war recht eindrücklich zu sehen, welch grosses Gewicht diese Oststaaten guten Beziehungen mit der neutralen Schweiz beimessen. Ich wurde in allen besuchten Ländern auch von den Aussenministern⁵ und in Rumänien und Sofia sogar von den Ministerrats-Vorsitzenden⁶ empfangen.

1. Sicherheitskonferenz

Mit Bezug auf die Sicherheitskonferenz waren uns die Ansichten der Oststaaten durch die Communiqués des Warschaupaktes und individuelle

1. Notiz: CH-BAR#E1050.12#1995/511#15*. Der Bericht wurde am 14. August 1972 von P. Graber an F. Carruzzo und am 16. August 1972 von M. Friedli an die Mitgliedern der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats versandt. Der erste Teil des Berichts zur Sicherheitskonferenz wurde von E. Thalmann an der Sitzung der Aussenpolitischen Kommission des Ständerats vom 14. August 1972 referiert und als Notiz ausgeteilt. Vgl. dazu das Protokoll vom 17. August 1972, *ibid.*, S. 6. Zum ersten Teil des Referats von E. Thalmann über die Haltung des Westens vgl. Dok. 156, dodis.ch/34494.

2. K. Fritschi und E. Brunner, resp. B. Schenk.

3. Zum Besuch von G. Macovescu vgl. Dok. 167, dodis.ch/35687, Anm. 5; zum Besuch von A. Willmann vgl. die Aufzeichnung von K. Fritschi vom 17. Februar 1971, dodis.ch/36393 und zum Besuch von G. Grosew vgl. die Aufzeichnung von K. Fritschi vom 23. März 1970, dodis.ch/36453.

4. Vgl. dazu Dok. 156, dodis.ch/34494.

5. B. Chňoupek, St. Olszowski, M. Tepavac, J. Péter, C. Mănescu und P. Mladenow.

6. I. G. Maurer und St. Todorow. Für die Unterredung mit I. G. Maurer vgl. das Schreiben von A. Rappard an E. Thalmann vom 11. Juli 1972, dodis.ch/36050.



Verlautbarungen von Vertretern der Oststaaten in den grossen Zügen bereits bekannt⁷. Es ging deshalb nur noch darum, gewisse zusätzliche Fragen abzuklären und Präzisierungen zu erhalten.

Besprochen wurden sowohl substantielle Fragen, wie Sicherheit, Truppenreduktionen, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit, als auch Fragen der Prozedur und der Organisation, wie Tagesordnung, Vorstellungen bezüglich der Vorbereitungsphase und der eigentlichen Konferenz, Datum, Sitzfrage, Delegationsstufe, Teilnehmerkreis usw.

Unsererseits gaben wir unsere Auffassung zu den einzelnen Problemen bekannt⁸. Gleichzeitig unterbreiteten wir unsern Gesprächspartnern unser Projekt für ein System der friedlichen Streiterledigung⁹.

Unser Vorschlag stiess auf grosses Interesse in Jugoslawien und Rumänien¹⁰. Die Jugoslawen fanden ihn realistisch und versprachen uns ihre Unterstützung. Die Rumänen billigten die Grundidee, wiesen aber gleichzeitig darauf hin, dass der Erfolg des Vorschlages sehr von der Art der Präsentation und der Wahl des richtigen Zeitpunktes abhängt. Die übrigen Länder bekundeten ihr Interesse, waren aber nicht bereit, dazu Stellung zu nehmen. In Prag, Warschau und Budapest¹¹ ist jedoch eine gewisse Skepsis unverkennbar gewesen.

Ausgiebig behandelt wurde sodann die Frage grösserer Freizügigkeit im Verkehr von Personen und im Austausch von Ideen und Informationen, ein Anliegen, auf das der Westen – wir inbegriffen – grosses Gewicht legt. Die Frage enthält natürlich in den Oststaaten, mit Ausnahme Jugoslawiens, einigen Zündstoff. Nach unserer Ansicht muss hier mit Vorsicht und Geduld vorgegangen werden. Es hätte keinen Sinn, durch überstürzte Aktionen des Westens im Osten gegenteilige Wirkungen zu erzielen und Situationen Voranschub zu leisten, wie sie sich im Anschluss an den «Prager Frühling» ergeben haben¹². Im übrigen werden die Fortschritte in der Radio- und Fernsehtechnik ohnehin dafür sorgen, dass sich die Grenzen mehr und mehr öffnen. Was uns vorschwebt, ist, mit bescheidenen Programmen, z. B. auf humanitären Gebieten: Zusammenführung getrennter Familien, zu beginnen.

In der Frage der Truppenreduktionen (MBFR) haben wir unsern Gesprächspartnern zu verstehen gegeben, dass unsere Truppenbestände, die allein der

7. Vgl. dazu Doss. CH-BAR#E2001E-01#1982/58#431* (B.72.09.15.1).

8. Zur Haltung der Schweiz zu verschiedenen Fragen der europäischen Sicherheitskonferenz vgl. Dok. 144, dodis.ch/34499.

9. Zum schweizerischen Projekt für ein System friedlicher Streitbeilegung vgl. Dok. 173, dodis.ch/34487, bes. Anm. 15.

10. Zu den Besprechungen in Belgrad vgl. das Protokoll des entretiens qui ont eu lieu les 26 et 27 juin 1972 entre les délégations yougoslaves et suisses au Secrétariat fédéral aux affaires étrangères à Belgrade von H. Borner, CH-BAR#E2001E-01#1982/58#7317* (B.15.21.1), zu denjenigen in Bukarest Dok. 167, dodis.ch/35687, Anm. 9.

11. Zu den Besprechungen in Prag vgl. Doss. CH-BAR#E2001E-01#1982/58#6831* (B.15.21.1); zu denjenigen in Warschau die Aufzeichnung von C. Caratsch vom 29. Juni 1972, dodis.ch/36395 und zu denjenigen in Budapest den Bericht von O. Uhl vom 12. Juli 1972, dodis.ch/36416.

12. Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 100, dodis.ch/32192, bes. Anm. 3.

Verteidigung dienen, nicht Gegenstand von Verhandlungen bilden könnten¹³. Überall herrschte die Meinung vor, dass MBFR und Sicherheitskonferenz getrennt geführt werden müssten. Gleichwohl wird man jedoch darauf Bedacht nehmen müssen, dass dem Aspekt «Sicherheit» an der Konferenz gebührend Rechnung getragen wird.

Was die Teilnahme nichteuropäischer Beobachter, wie sie namentlich von einzelnen Mittelmeerstaaten (Algerien) gefordert wird, betrifft, konnten wir feststellen, dass mit Ausnahme von Belgrad und Bukarest alle besuchten Staaten eine solche Ausweitung ablehnen. Dabei dürfte ein denkbares ähnliches Begehren Chinas eine Rolle spielen.

Es scheint uns, dass in allen besuchten Ländern die verantwortlichen Politiker der Sicherheitskonferenz historische Bedeutung beimessen. In ihrer Sicht sollte sich die Konferenz nicht darauf beschränken, eine bloss Momentaufnahme der gegenwärtigen Verhältnisse in Europa zu machen, sondern durch die Schaffung eines dauerhaften Sicherheitssystems, das nicht auf dem Gleichgewicht des Schreckens beruht, die Zukunft unseres Kontinents zu gestalten. Nach Auffassung unserer Gesprächspartner sollte damit ein dynamischer Prozess für die weitere Entwicklung in Europa in Gang gesetzt werden. Soweit sich dahinter nicht Vorstellungen im Sinne kommunistischer Expansion verbergen, mögen solche Gedankengänge in den Warschauerpaktstaaten erstaunen. Wir gewannen jedoch den Eindruck, dass der Wunsch nach Öffnung gegenüber dem Westen aufrichtig ist. Mehr noch als die Sowjetunion, brauchen diese Länder den Zugang zu westlichen Investitionen und zur westlichen Technologie, wenn sie aus der wirtschaftlichen Stagnation herauskommen wollen. Hintergründig mag sich damit die Hoffnung verbinden, damit auch die Beziehungen auf politischem Gebiet mit der westlichen Welt zu intensivieren. All dies setzt voraus, dass die Gegensätze zwischen den Blöcken abgebaut werden. Darauf beruht m. E. das grosse Interesse der Oststaaten an der Konferenz. Es war auch – besonders in Rumänien – eine gewisse Reaktion auf die Begegnung Nixon-Breschnew¹⁴ festzustellen, die in verschiedenen Hauptstädten das Gespenst von Jalta heraufbeschworen hat.

Zusammenfassend möchte ich folgendes festhalten. In allen Hauptstädten konnten wir in vielen Bereichen übereinstimmende Auffassungen feststellen. Dies erstaunt weiter nicht, da selbst die Communiqués der NATO und der Warschauerpaktstaaten sich gegenseitig angenähert haben. Wir konnten uns jedoch des Eindruckes nicht erwehren, dass es sich dabei mehr um eine verbale Übereinstimmung handelt. Die Schwierigkeit liegt darin, dass Begriffe wie Demokratie, Freiheit, Sicherheit, Koexistenz und sogar Zusammenarbeit im Osten nicht den gleichen Sinn haben wie bei uns.

Wir haben daher bei jeder Gelegenheit die Notwendigkeit unterstrichen, dass an der Vorbereitungskonferenz alle Anstrengungen gemacht werden müssen, um eine minimale Übereinstimmung mit Bezug auf die Tagesordnung zu erzielen, sodass man in Ost und West über das Gleiche spricht und dabei auch

13. Zur schweizerischen Haltung bezüglich MBFR vgl. Dok. 92, dodis.ch/34573.

14. Vgl. dazu Dok. 156, dodis.ch/34494, Anm. 17.

das Gleiche meint. Nur so kann vermieden werden, dass die Verhandlungen gleich von Anfang an durch Missverständnisse blockiert werden. Im übrigen hat man uns wiederholt – namentlich in Sofia¹⁵ – erklärt, dass es in ideologischer Hinsicht keine Koexistenz geben könne!

Der Gedankenaustausch über die internationale Lage war in den verschiedenen Hauptstädten von unterschiedlichem Interesse. Am fruchtbarsten war er in Belgrad und Bukarest, wo die Beurteilung sich weitgehend mit unserer eigenen deckt.

Sowohl Jugoslawien wie Rumänien sind der Meinung, dass die kleinen europäischen Staaten einen gewissen Verhandlungsspielraum haben, den sie nicht nur zu ihrem eigenen, sondern auch zum Vorteil der europäischen Entspannung einsetzen sollten.

2. Bilaterale Probleme

Allgemein kann gesagt werden, dass die Regierungen der besuchten Länder im wesentlichen sich über den Zustand unserer bilateralen Beziehungen befriedigt zeigten. Wir möchten nun die mit den einzelnen Ländern besprochenen Fragen Revue passieren lassen.

*Tschechoslowakei*¹⁶

Die Tschechen stellten befriedigt eine klare Verbesserung unserer Beziehungen auf wirtschaftlichem und handelspolitischem Gebiet fest. Das neue Abkommen über den Handelsaustausch vom 7. Mai 1971¹⁷ trat am 1. Juli des vergangenen Jahres in Kraft. Im laufenden Monat werden Verhandlungen über den Schutz der Herkunftsbezeichnungen und anderer geographischer Benennungen stattfinden¹⁸. Prag ist auch bereit, Gespräche über den internationalen Strassenverkehr aufzunehmen¹⁹.

Auf tschechoslowakischer Seite legte man Wert darauf, dass wir politische Kontakte ermutigten (gegenseitige Besuche von Parlamentariern, Begegnungen zwischen kantonalen Behörden und von Stadt zu Stadt, wie das der Fall war zwischen Brünn und Lausanne sowie Karlsbad und Locarno).

Unter den gegenwärtigen Umständen schien es uns nicht opportun, auf diese Initiative positiv zu reagieren.

Prag weiss, dass es uns wegen der kantonalen Kulturhoheit nicht möglich ist, Kulturabkommen abzuschliessen. Die Tschechen interessieren sich ganz besonders für Kontakte im Bereich der Erziehung, Wissenschaft und Technik.

Wir haben unsererseits gewisse finanzielle Probleme aufgeworfen (noch

15. Zu den Besprechungen in Sofia vgl. die Aufzeichnung von H. Freiburghaus vom 20. Juli 1972, CH-BAR#E2001E-01#1982/58#2060* (B.15.21.1).

16. Vgl. dazu Doss. CH-BAR#E2001E-01#1982/58#6831* (B.15.21.1).

17. Abkommen über den Wirtschaftsverkehr zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik vom 7. Mai 1971, AS, 1971, S. 853–855. Vgl. auch das BR-Prot. Nr. 690 vom 21. April 1971, dodis.ch/35842 und das BR-Prot. Nr. 1013 vom 14. Juni 1971, dodis.ch/36420.

18. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1658 vom 18. September 1972, CH-BAR#E1004.1#1000/9#786*.

19. Vgl. dazu Dok. 19, dodis.ch/35677, Anm. 9.

hängige Nationalisierungsentschädigungen²⁰). Wir schnitten auch die Frage der Wiedervereinigung der Flüchtlingsfamilien²¹ an. Dabei gab man uns jedoch zu verstehen, dieses Thema sei noch zu stark von Emotionen belastet und deshalb müsse man mit einer Regelung noch zuwarten.

*Polen*²²

Nach Ansicht der Polen sind die guten Beziehungen zwischen unsern beiden Ländern Ausdruck traditioneller und gegenseitiger Sympathie²³.

Der Streitfall der Nationalisierungen ist nun beigelegt, nachdem Polen seinen Verpflichtungen nachgekommen ist²⁴. Seither ist Warschau bemüht, den Wirtschafts- und Handelsaustausch zu fördern und hofft, dass die Verhandlungen am Ende der Ferienzeit wieder aufgenommen und deren Ergebnisse den Erwartungen entsprechen werden²⁵. Die polnischen Handelsorganisationen beabsichtigen, ihre Anstrengungen auf dem schweizerischen Markt zu verstärken, um auf diese Weise alle gebotenen Möglichkeiten auszunützen, um das polnische Handelsdefizit auszugleichen.

Die Polen baten uns, ihre Kandidatur als Vollmitglied des GATT zu unterstützen.

Nach polnischer Auffassung stellt der gegenwärtige kulturelle Austausch zwischen den beiden Ländern jene Form der Kooperation dar, die die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in europäischem Rahmen verwirklichen sollte.

*Jugoslawien*²⁶

Jugoslawien versucht, sein Handelsbilanzdefizit mit uns so gut als möglich auszugleichen. Dabei hilft ihm der schweizerische Touristenstrom und die Transfers der jugoslawischen Gastarbeiter in der Schweiz (ca. 35'000)²⁷.

Belgrad glaubt, dass die Aufhebung des Clearingverkehrs²⁸ ermutigende Ergebnisse gezeitigt hat.

Belgrad ist auch an wirtschaftlicher Zusammenarbeit²⁹ interessiert und hofft, schweizerische Investitionen via «joint ventures» in Jugoslawien zu fördern.

Jugoslawien hat auch den Wunsch geäußert, einen Rechtshilfevertrag mit uns abzuschliessen³⁰. Bezüglich der jugoslawischen Arbeiter in der Schweiz

20. Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 179, dodis.ch/31451.

21. Zu den tschechoslowakischen Flüchtlingen in der Schweiz vgl. Dok. 19, dodis.ch/35677.

22. Vgl. dazu Doss. CH-BAR#E2001E-01#1982/58#5994* (B.15.21.1).

23. Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 139, dodis.ch/32142; die Notiz von K. Fritschi vom 5. Februar 1971, dodis.ch/36392 und die Notiz von P. Frochaux vom 12. Juni 1972, dodis.ch/36388.

24. Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 32, dodis.ch/31318.

25. Zu den Wirtschaftsverhandlungen mit Polen vgl. das BR-Prot. Nr. 1596 vom 15. September 1971, dodis.ch/36386. Vgl. ferner Dok. 170, dodis.ch/35678.

26. Vgl. dazu Doss. CH-BAR#E2001E-01#1982/58#7317* (B.15.21.1).

27. Vgl. dazu Dok. 143, dodis.ch/35158.

28. Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 20, dodis.ch/32396, bes. Anm. 6.

29. Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 170, dodis.ch/32381 und DDS, Bd. 25, Dok. 122, dodis.ch/35169.

30. Vgl. dazu Doss. CH-BAR#E2001E-01#1988/16#6038* (B.14.21.3.1).

möchte Belgrad ähnliche Konzessionen erhalten, wie sie ihm Frankreich, Schweden und Österreich gewähren. Es möchte auch, dass die Gastarbeiterkinder in ihrer Muttersprache unterrichtet werden.

Belgrad warf ferner die Frage der politischen Aktivität von Flüchtlingen im Ausland auf (nationalistische kroatische Bewegung³¹) und erwartet von uns, dass wir entsprechende Massnahmen ergreifen für den Fall, dass sie auf schweizerischem Staatsgebiet tätig werden sollten.

*Ungarn*³²

Budapest zeigte sich befriedigt über den glücklichen Abschluss der Verhandlungen betreffend die Frage ausstehender schweizerischer Guthaben³³ und ist überzeugt, dass ab Herbst Verhandlungen über ein neues Handelsabkommen³⁴ begonnen werden können. Ungarn zeigt sich auch an einer industriellen Zusammenarbeit mit unserem Land interessiert.

Die Ungarn sind sich im klaren darüber, dass wir auf kulturellem Gebiet³⁵ kein Abkommen schliessen können; sie möchten aber gleichwohl zu einer bilateralen Vereinbarung gelangen, da ihnen ganz besonders an einem Austausch von Stipendiaten gelegen ist.

Da Ungarn die Wiener Konvention über die konsularischen Beziehungen nicht ratifiziert hat, schlägt es uns ein entsprechendes bilaterales Abkommen vor.

*Rumänien*³⁶

Bukarest glaubt, es gäbe noch unausgeschöpfte Möglichkeiten auf dem schweizerischen Markt, die sich rumänischen Exporteuren eröffnen könnten: Werkzeugmaschinen und chemische Produkte. Man erwähnte auch die Abschaffung von nicht GATT-konformen schweizerischen Einfuhrrestriktionen für Textilien. Bukarest möchte eine stärkere Zusammenarbeit auf industriellem Gebiet und warf die Frage allgemeiner Präferenzen, von denen es profitieren möchte, auf³⁷.

Bukarest sucht ferner nach einer Lösung für gegenseitige Aufhebung der Visumpflicht. Es möchte in Zürich ein Generalkonsulat eröffnen und ist bereit, auch der Schweiz an einem von ihr gewünschten Ort eine konsularische Vertretung zuzugestehen.

31. Vgl. dazu Dok. 122, dodis.ch/35169, Anm. 15. Zur Tätigkeit kroatischer Nationalisten in der Schweiz vgl. die Notiz von E. Rüthemann vom 4. Mai 1972, dodis.ch/35574.

32. Vgl. dazu Doss. CH-BAR#E2001E-01#1987/78#3294* (B.15.21).

33. Vgl. dazu Dok. 14, dodis.ch/35746, Anm. 6 und 7.

34. Zu den Wirtschaftsverhandlungen mit Ungarn vgl. die Aufzeichnung von L. Roches vom 21. Oktober 1970, dodis.ch/36414; den Bericht von R. Probst vom 29. Mai 1971, dodis.ch/36417; das BR-Prot. Nr. 771 vom 3. Mai 1972, dodis.ch/36412 und die Notiz von R. Probst an P. R. Jolles vom 29. Mai 1972, dodis.ch/36413. Vgl. auch Dok. 180, dodis.ch/35670.

35. Zu den kulturellen Beziehungen mit Ungarn vgl. z. B. das Schreiben von R. Aman an L. Boissonnas vom 17. Juli 1972, dodis.ch/36415.

36. Vgl. dazu Doss. CH-BAR#E2001E-01#1982/58#6202* (B.15.21.2).

37. Für die Wirtschaftsbeziehungen zu Rumänien vgl. Dok. 58, dodis.ch/35754 und Dok. 167, dodis.ch/35687, bes. Anm. 2.

*Bulgarien*³⁸

Bulgarien bemüht sich, das zwischen unsern beiden Ländern bestehende Handelsbilanzdefizit auszugleichen und versucht, alle ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auszuschöpfen. Wie Rumänien wünscht auch dieses Land, von den allgemeinen Präferenzen zu profitieren. Es möchte auch, dass die Schweiz das Importkontingent für bulgarischen Wein erhöht und diese Frage nicht mit dem Export von schweizerischem Vieh verknüpft.

Die nächsten Verhandlungen über die Erneuerung des Abkommens betreffend den bulgarisch-schweizerischen Handels- und Zahlungsverkehr aus dem Jahre 1954³⁹ sollten im nächsten Herbst beginnen.

Bulgarien möchte schliesslich die bestehenden kulturellen Kontakte im Rahmen eines Abkommens, das ein zweijähriges Programm enthalten sollte, ausweiten.

38. Vgl. dazu *Doss. CH-BAR#E2001E-01#1982/58#2060** (B.15.21.1).

39. Handels- und Zahlungsabkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bulgarischen Volksrepublik vom 26. November 1954, *AS*, 1954, S. 1150–1157. Zu den *Wirtschaftsverhandlungen mit Bulgarien* vgl. den Bericht von R. Probst vom 30. September 1970, *dodis.ch/35173*; das *BR-Prot. Nr. 940* vom 31. Mai 1972, *dodis.ch/36456* sowie das Abkommen über den Wirtschaftsverkehr zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Volksrepublik Bulgarien vom 23. November 1972, *AS*, 1973, S. 599–611.